

Niederschrift: 1. Sitzung des Konsolidierungstages

Montag, 20.04.2026

Teilnehmerliste ist dem Protokoll beigelegt.

Tagesordnung:

TOP 1: Zukunft AG Strategische Steuerung

TOP 2: Organisation des Controllings

TOP 3: Einbindung externer Unterstützung

TOP 4: Differenzierte Hebesätze Grundsteuer B

TOP 5: Informationen der Verwaltung

Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler eröffnet die erste Sitzung des Konsolidierungstages und begrüßt die Teilnehmenden.

Frau Seiler weist darauf hin, dass seitens der Verwaltung für diese Sitzung bewusst auf Vorlagen verzichtet wurde, da zunächst die Sortierung, Strukturierung sowie der Abgleich der Erwartungshaltungen im Vordergrund stehen.

Einführend erläutert die Vorsitzende, dass die Finanzlage der Kommunen bundesweit derzeit stark defizitär ist. Ziel ist es, die Finanzierung der vom Land und Bund übertragenen Aufgaben im Sinne des Konnexitätsprinzips sicherzustellen.

Frau Knoth (Abt. 130/Controlling) ergänzt, dass allein im Fachbereich 4 durch Sozialleistungen sowie nicht erstattete Personalkosten knapp 16 Millionen Euro angefallen sind. Weitere rund 5 Millionen Euro entfallen auf die übrigen Fachbereiche.

Die Vorsitzende berichtet, dass die Verwaltung plant, das Controlling-Konzept neu auszurichten. Dabei soll insbesondere die unterjährige Steuerung stärker in den Fokus rücken. So könnte beispielsweise die Einführung eines „Ampelsystems“ dazu beitragen, im laufenden Haushaltsjahr einen besseren Überblick zu gewinnen und frühzeitig in Bereichen gegenzusteuern, in denen das Budget nicht ausreicht.

Um künftig eine effektivere Beratung zu gewährleisten, soll auf die Bildung zweier Arbeitsgruppen verzichtet werden. Stattdessen wird die AG Strategische Steuerung mit Zustimmung aller Anwesenden in einen Konsolidierungstages umstrukturiert. Neben den Fraktionsvorsitzenden sollen die Fraktionen jeweils mindestens zwei weitere Mitglieder benennen, um eine breitere Meinungsbasis sicherzustellen.

Zudem wird die Einbindung externer Beratung als sinnvoll erachtet. So ist vorgesehen, beispielsweise die Universität einzubeziehen. Auch bei der ADD soll angefragt werden, ob eine Teilnahme an den Sitzungen möglich ist. Darüber hinaus wird vorgeschlagen, Herrn Rottmann zu fragen, ob er bereit wäre, in dieser Gruppe an den Haushaltsberatungen mitzuwirken.

Tobias Schmitt (Abteilungsleiter Finanzen) unterstreicht die Aussagen der Oberbürgermeisterin und führt aus, dass ein gut strukturiertes Controlling in der aktuell schwierigen finanziellen Lage für die Finanzabteilung unabdingbar ist, um die knappen Ressourcen künftig effizienter zu nutzen.

Zum Ablauf und zur Arbeitsweise des Konsolidierungsstabes schlägt Frau Seiler vor, dass die Arbeitsgruppe viermal im Jahr tagt; für das Jahr 2026 sind zwei weitere Termine vorgesehen. Zudem könne sie sich vorstellen, die Teilhaushalte sukzessive einzeln zu bearbeiten.

Jana Dreyer (Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Einrichtung des Stabes und stimmt der vorgesehenen Anzahl an Mitgliedern zu. Darüber hinaus regt sie an, eine Klausurtagung einzuberufen; dieser Vorschlag wird von Seiten der Verwaltung aufgegriffen. Zur besseren Planung empfiehlt Frau Dreyer zudem, dass die Finanzabteilung eine Zeitschiene erstellt und präsentiert. Herr Schmitt sagt zu, den internen Ablaufplan zur Verfügung zu stellen, weist jedoch darauf hin, dass eine frühere Aufstellung des Haushalts nicht möglich ist. Die Einbindung externer Berater wird von Frau Dreyer ausdrücklich unterstützt.

Herr Kabs (CDU) bewertet die Einrichtung des Stabes ebenfalls als sinnvoll und spricht sich ebenfalls für externe Beratung aus. Darüber hinaus regt er an, den Austausch mit anderen Kommunen zu suchen, um ein gemeinsames Vorgehen zu erörtern, da die finanzielle Lage vieler Kommunen angespannt ist und sich die Problemlagen weitgehend ähneln. Zudem sollte die Besetzung des Gremiums aus seiner Sicht unabhängig vom Fraktionsvorsitz betrachtet werden.

Herr Schmitt führt weiter aus, dass die Gründung des Konsolidierungsstabes auch als Signal gegenüber der ADD zu verstehen sei, dass alle verfügbaren Anstrengungen unternommen werden, um das Haushaltsdefizit zu reduzieren.

Frau Keller-Mehlem (UfS) unterstützt ebenfalls die Einbindung externer Beratung und regt darüber hinaus an, auch die Stadtgesellschaft stärker einzubeziehen.

Frau Dreyer ergänzt, dass mit der Einrichtung der Arbeitsgruppe ein wichtiger Grundstein für mehr Transparenz gelegt werde. Dies sei nicht nur für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit erforderlich, sondern auch ein bedeutendes Signal an die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Ableiter (Freie Wähler) betont, dass die Arbeit der Gruppe nur dann sinnvoll sei, wenn sie zu spürbaren Veränderungen führe; ein reiner Austausch reiche nicht aus. Er kritisiert, dass der Bund den Kommunen zahlreiche, kostenintensive Pflichtaufgaben auferlegt habe, beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe. Darüber hinaus äußert er Kritik an der Landesregierung, die durch Förderprogramme Anreize für aus seiner Sicht unnötig hohe Ausgaben setze, und führt hierzu mehrere Beispiele an. Für künftige Bauvorhaben fordert er eine konsequente und transparente Kostenermittlung. Als weiteres Beispiel nennt er den Neubau der Feuerwache. Zudem spricht er sich für verstärkte interkommunale Vergleiche seitens der Verwaltung aus.

Frau Seiler weist darauf hin, dass die Fachbereiche der Stadtverwaltung bei Entscheidungen und Vorschlägen selbstverständlich bereits interkommunale Vergleiche einbeziehen. Frau Dittus (FBL 1) unterstreicht diese Aussage, verweist auf bestehende landesweite Beratungsgremien und stellt klar, dass das Konzept für den Neubau der Feuerwache von einem erfahrenen Planungsbüro in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr erarbeitet wurde. Die Verwaltung sagt zu, künftig verstärkt über interkommunale Zusammenarbeit im Stadtrat zu berichten.

Frau Dreyer schlägt vor, der Arbeitsgruppe eine Satzung oder Geschäftsordnung zu geben, in der unter anderem auch Redezeiten geregelt werden. Die Verwaltung wird diesen Vorschlag prüfen und einen entsprechenden Entwurf erarbeiten.

Herr Popescu (Die Linke) bewertet die Einrichtung des Konsolidierungsstabes ebenfalls positiv und appelliert, die Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen stärker einzubinden. Insbesondere bei Maßnahmen wie der Erhöhung von Parkgebühren sei es wichtig, die Beweggründe transparent darzulegen, um Verständnis zu schaffen. Zudem kritisiert er den

Umgangston gegenüber Mitarbeitenden der Verwaltung durch einzelne politische Vertreter und ruft dazu auf, gemeinsam konstruktive Lösungen zu erarbeiten.

Frau Keller-Mehlem spricht sich ebenfalls für die Durchführung einer Klausurtagung aus und regt an, in diesem Rahmen auch zu beraten, wie künftig mit Kostensteigerungen bei Bauprojekten, wie etwa beim Viadukt, umgegangen werden soll.

Herr Ableiter hebt hervor, dass zur Haushaltskonsolidierung auch eine kritische Überprüfung von Stellen innerhalb der Verwaltung gehören müsse.

Herr Gottwald (SPD) regt an, die Sitzungen nicht ausschließlich öffentlich abzuhalten. Die Verwaltung schlägt daraufhin vor, künftig sowohl einen öffentlichen als auch einen nichtöffentlichen Sitzungsteil einzuplanen.

Tobias Schmitt führt anschließend in die Thematik der Hebesätze der Grundsteuer B ein. Er erläutert, dass es in Nordrhein-Westfalen inzwischen mehrere Gerichtsurteile gibt, die die Erhebung differenzierter Hebesätze als rechtswidrig einstufen, da sie gegen das Gebot der Einheitlichkeit verstoßen. Nach Auffassung der Gerichte handelt es sich jeweils um dasselbe Steuerobjekt, das folglich nicht mit unterschiedlichen Hebesätzen veranlagt werden dürfe.

Diese Urteile haben für Speyer zwar zunächst keine unmittelbaren Auswirkungen. Herr Schmitt gibt jedoch zu bedenken, dass die entsprechenden Gesetzestexte beider Bundesländer nahezu wortgleich sind. Daher sei davon auszugehen, dass die Gerichte in Rheinland-Pfalz eine vergleichbare Rechtsprechung entwickeln könnten. Zudem weist er darauf hin, dass nach Mitteilung des Städtetages das fiskalische Prozessrisiko bei den Kommunen liegt. Er bittet die Fraktionen, sich frühzeitig mit der Thematik zu befassen.

Frau Dreyer hält es für hilfreich, den Fraktionen erneut Rechenbeispiele zur Verfügung zu stellen, um die Auswirkungen auf die Einnahmesituation besser nachvollziehen zu können. Die Finanzabteilung sagt zu, entsprechende Beispiele bis zur nächsten Sitzung des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses zu erarbeiten.

Herr Ableiter erkundigt sich nach der möglichen Höhe der Einnahmeverluste für die Stadt sowie nach den Auswirkungen der Urteile auf rückwirkende Veranlagungen.

Die Finanzabteilung wird die potenziellen Verlustsummen bis zur nächsten Sitzung soweit möglich berechnen. Frau Dittus ergänzt, dass derzeit nur schwer abzuschätzen sei, welche Auswirkungen die Urteile auf Vorjahre haben könnten. Auch hierzu wird die Verwaltung weitere Informationen zusammenstellen und soweit möglich rechtlich bewerten.

Zusammenfassung:

- Die AG Strategische Steuerung wird aufgelöst und durch den Konsolidierungsstab ersetzt
- Der Stab soll vier Mal jährlich tagen
- Die Fraktionen benennen mindestens zwei weitere Teilnehmenden
- Externe Beratung wird angestrebt (Universität Speyer, Herr Rottmann)
- Eine Klausurtagung soll einberufen werden